



**12. Plenarsitzung, 08.11.12
TOP 1, Einzelplan 14 b) Energie**

**Manuskript zur Rede von
Kai Schmalenbach, MdL**

Es gilt das gesprochene Wort

[Anrede]

Ach und wie sie wissen bin ich Pirat und ich grüße dementsprechend auch die privilegierten Menschen, die es geschafft haben, einen der seltenen Ports im Stream zu ergattern und bevor sie nun wieder lachen, das habe ich bereits gelernt, die Reden hier halten wir nicht für das Plenum, denn darin hört eh kaum jemand zu.

Ich wundere mich schon sehr, was hier gestern vor sich ging. Ein bisschen habe ich mich mittlerweile zwar daran gewöhnt, dass hier keine Debatte stattfindet, sondern das Plenum vor allem für gegenseitige Anschuldigungen herhalten muss. Dass wir aber den Haushalt 2012 im November 2012 in epischer Breite nutzen, um darzustellen wie unfähig, dumm, degeneriert, gedächtnisschwach oder von mir aus auch realitätsverweigernd der jeweils andere ist, kann ich ehrlich gesagt kaum fassen. Uns wurde mehrfach vorgehalten, dass unsere Anträge zum Haushalt 2012 obsolet seien. Gleichzeitig wird hier aber in einer Verbissenheit argumentiert und beschuldigt, dass man schon die Frage stellen darf, wofür dieses Spektakel hier veranstaltet wird.

Es hat ein wenig den Anschein als ginge es hier eher selten um die Sache und den Austausch von Argumenten und ich muss gestehen, dass mich dieser Umstand einigermaßen irritiert.

Mich interessiert zudem auch nicht wirklich, wer hier der Meinung ist, wer im Landtag wann was verbockt hat. Es ist in den meisten hier diskutierten Fällen ohnehin kaum zu beweisen, wessen Verdienst etwas ist, oder wer es versaut hat. Politik ist keine Programmierarbeit, bei der die Ergebnisse nach der Eingabe direkt ablesbar sind. In der Politik dauert es mitunter sogar Jahre, bis die Konsequenzen aus Gesetzen und Erlässen sichtbar werden.

Meine Damen und Herren, ich hätte dazu eine dringende Bitte, können wir das bitte ändern? Können wir bitte nach vorne schauen und gemeinsam an Lösungen arbeiten. Ich halte es im Sinne der Bürger und vor allem im Sinne des Vertrauens, dass der Bürger der Politik entgegen bringen sollte, für den deutlich besseren Weg.

In Deutschland stehen wir vor der bemerkenswerten Situation, dass alle Parteien von der Energiewende reden, hinter dieser vermeintlichen Einigkeit aber eine große Uneinigkeit



herrscht, wie diese bewältigt werden soll. Denn auch in NRW sind gravierende Zukunftsprobleme zu lösen. Die PIRATEN stellen sich ausdrücklich hinter die Ziele der Landesregierung in Bezug auf die Energiewende, den Netzausbau und den Klimaschutz. Dennoch sehen wir noch viel Handlungsbedarf:

##1: Dezentrale Energiegewinnung, Monopol- und Oligopol-Bildungen, Netzausbau
Unser erklärtes Ziel für Nordrhein-Westfalen ist es, Monopol- und Oligopol-Bildungen, die dem Gemeinwohl schaden, durch die Schaffung transparenter Marktstrukturen aufzulösen. Die Folgen kommerzieller Energiegewinnung, ihre wahren Kosten und umweltbelastenden Auswirkungen sollen verpflichtend offengelegt werden. Direkte oder indirekte Subventionen, die dem Gemeinwohl schaden, müssen abgeschafft werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien das Prinzip der Nachhaltigkeit berücksichtigt und nicht in Konkurrenz zu anderen Umweltzielen steht.

Der Umstieg auf die erneuerbaren Energien soll dabei so weit wie möglich dezentral und unter öffentlicher Kontrolle stattfinden.

Zum Umstieg auf erneuerbare Energien gehört für uns auch eine neutrale Netzgesellschaft, die sich dem Ausbau der erneuerbaren Energien anpasst und nicht umgekehrt. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass eine Stärkung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Speichertechnologie stattfinden wird. Dabei sind viele flexible, redundante und kleine Projekte, Großprojekten vorzuziehen.

Ziel muss es sein, eine Vielfalt innovativer lokaler Energieerzeuger aufzubauen. Deshalb ist es ein besonderes Anliegen von uns Piraten, dass die Netze intelligenter werden, wobei Datenschutz und Transparenz gewährleistet werden müssen.

2: EEG: Befreiung der Industrie schlecht, aber vernünftige Regelung, also kein Missbrauch + 3: Bürgerfreundliche Energieversorgung, Stichwort: Stromsperrern

Ein Skandal sind die ungerechten Belastungen, die aus der im Erneuerbare – Energien – Gesetz festgelegten Umlage resultieren.

Mit der Umlage finanzieren alle Stromkunden, auch Harz IV – Empfängerinnen und Empfänger, die Energie aus erneuerbaren Quellen. Energiearmut betrifft immer mehr einkommensschwache Haushalte.

So gibt es inzwischen 800.000 Haushalte denen die Stromzufuhr gesperrt wurde. Das ist eine stille soziale Katastrophe.



Für die energieintensive Industrie allerdings gibt es weitgehende Befreiungsregelungen bei der Umlage. Wir kritisieren hier die harte Grenze von 14% Stromkosten in der Wertschöpfung, ab der Unternehmen von der EEG-Umlage befreit werden. Dies bietet einen Anreiz, absichtlich mehr Strom zu verbrauchen, nur um über die Berechnungsgrenze zu kommen.

Würden alle Stromverbraucher an den Energiewendekosten angemessen beteiligt werden, könnte der Strompreis heute sinken.

Als Einstieg in eine Versorgungssicherheit für alle Verbraucherinnen und Verbraucher fordern wir Piraten größtmögliche Transparenz der Angebots- und der Vertragsgestaltung von Energieanbietern. Auch muss ein unkompliziertes Wechseln des Energiedienstleisters gewährleistet werden.

Wir fordern die Landesregierung ausdrücklich auf, sich auch mit finanziellen Mitteln und mit Taten, nicht nur mit Worten, dafür einzusetzen.

Wenn man mehr Geld ausgeben will, muss man anderen Stellen sparen. Deshalb haben wir Piraten in unserem Änderungsantrag die Streichung der Mittel für die Stilllegung des Kernkraftwerkes THTR 300 in Hamm-Uentrop gefordert. Für die entstehenden Kosten muss der Betreiber aufkommen und nicht die Allgemeinheit.

Danke schön.